

Buchholz, den 20. Juli

Finanzielle Dürreperiode für die Schulen in freier Trägerschaft hält trotz 12 Millionen im Landeshaushalt an

In einem Schreiben an Kultusministerin Julia Willie-Hamburg fordert der CDU-Landtagsabgeordnete Jan Bauer mehr Unterstützung für die Schulen in freier Trägerschaft.

Jan Bauer: „Ich stehe im regelmäßigen Austausch mit der Christlichen Schule Nordheide in Buchholz und der Rudolf-Steiner-Schule in Kakenstorf. Die Schulen in freier Trägerschaft sind eine wertvolle Bereicherung für unser Schulsystem. Sie tragen mit ihren unterschiedlichen religiösen, weltanschaulichen und pädagogischen Ausrichtungen zur Vielfalt der Bildungsangebote und der Bildungslandschaft bei. 10% der niedersächsischen Schüler besuchen eine Schule in freier Trägerschaft.“

In dem Entwurf der Landesregierung für ein Haushaltsbegleitgesetz sind zusätzliche Mittel in Höhe von 12 Millionen Euro für Schulen in freier Trägerschaft vorgesehen. Dieses auf den ersten Blick positive Signal überdeckt die Tatsache, dass die Schulen seit Jahren strukturell unterfinanziert sind.

Die jetzt bereitgestellten Mittel sind zweckgebunden für den Ganztagschulbetrieb, die schulische Sozialarbeit und die IT-Administration. Das Land gleicht damit den Nachholbedarf aus, der durch Leistungen für die öffentlichen Schulen entstanden ist, die das Land aber bei der Berechnung der Finanzhilfe für Schulen in freier Trägerschaft unberücksichtigt gelassen hat. Die langjährige Unterfinanzierung und die inflationsbedingten Kostensteigerungen für Personal und Energie können damit nicht ausgeglichen werden.

Mit dem Gesetz werden auch Forderungen umgesetzt, die schon mit der vorherigen Landesregierung in einer Absichtserklärung vereinbart waren. Der entscheidende Kernpunkt dieser Erklärung, die Einführung einer Übergangsformel zur Berechnung der Finanzhilfe, ist aber nach wie vor ungeklärt. Diese soll sich so weit wie möglich an den tatsächlichen Kosten für öffentliche Schulen orientieren.

Nach dem Stand der Verhandlungen zwischen Kultusministerium und den Vertretern der freien Schulen soll diese Formel ab 2025 für 3 Jahre eingeführt werden.

Grundsätzlich ist es sehr zu begrüßen, dass Niedersachsen die Einstiegsgehälter an Grund-, Haupt- und Realschulen zum 1. August 2024 anhebt. Die Gehälter sollen dann vollständig auf die Besoldungsstufe A13 steigen. Das können Schulen in freier Trägerschaft ohne eine Refinanzierung durch das Land nicht leisten. Bereits jetzt liegen die Gehälter ca. 18% unter dem Niveau der öffentlichen Schulen. Die Schulen in freier Trägerschaft stehen vor großen finanziellen Herausforderungen.

„In meinem Schreiben fordere ich die Ministerin auf, sich mit aller Kraft dafür einzusetzen, dass Schulen in freier Trägerschaft den öffentlichen Schulen in Sachen Finanzierung gleichgestellt werden, und dass nicht erst ab dem Jahr 2025“, Jan Bauer abschließend.